

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Einzelnummer 25 Pf. Durch den Brief 1,40 Mk. für die Woche, 4,20 Mk. für den Monat.
Durch die Post: 0,10 Mk. für den Monat.

Verlagsort: Nr. 23855
„Sozialistischer Verlag“ o. G. m. b. H., Breslau.

Anzeigenpreise: Die Spaltenbreite beträgt 10 cm, die Spaltenhöhe 10 cm, die Spaltenzahl 10, die Spaltenbreite 10 cm, die Spaltenhöhe 10 cm, die Spaltenzahl 10, die Spaltenbreite 10 cm, die Spaltenhöhe 10 cm, die Spaltenzahl 10.

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

Protestiert am Dienstag, den 11. Januar 1921, abends 7 Uhr
in den Zentral-Ballsälen, Westendstraße 50/52
in dem Ballsaal Sanssouci, Mehlgasse 11 und
in Mildes Ballsälen, Ofener Straße 122

gegen die Bluttat in Flensburg — gegen die Orgeschbanden — gegen die Mordorganisation des Bürgertums — gegen die Horthy-Banden in Ungarn.

Tretet ein für die berechtigten Forderungen der Erwerbslosen — für die Produktionskontrolle durch das Proletariat.

Der Aktionsausschuß der V. K. P. D.
Ortsgruppe Breslau.

Politische Uebersicht.

Flensburger Folgerungen.

Die gesamte antibolschewistische Presse von der „Deutschen Zeitung“ bis zur „Freiheit“ greift mit Behagen die erlogene Schilderung über den Verlauf der blutigen Tragödie in Flensburg auf, verzeichnet mit Befriedigung den rechtssozialistisch-unabhängigen Beschluß der Flensburger Werkschlichtung, in Zukunft jede Zusammenarbeit mit den blutigen kommunistischen Helfern abzulehnen, übergibt mit mehr oder minder großer Nonchalance die Erklärungen der Werkschlichtung über die Angelegenheit, die scharf die insame Abneigung des gesellschaftlichen und dennoch „bei einem Fluchtversuch“ von dem Sipo-Leutnant Dewald erschossenen Genossen Hoffmann charakterisiert und benützt darüber hinaus den Fall eifrig zu einer wüsten antibolschewistischen Hege. „Freiheit“ und „Vorwärts“, „Deutsche Zeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“: allesamt üben sich in diesem ehrsamem Gewerbe. Nur die Tonart zeigt den mehr oder weniger ausgeprägten Grad reaktionärer Gesinnung der antibolschewistischen Gesinnungsgegenstände an. In der Tendenz sind sie alle einig.

Am konsequentesten sind natürlich die ausgesprochen monarchistisch-blätter. Die „Deutsche Zeitung“ schreibt hysterisch nach dem Staatsanwalt und gibt nach Knüttelzungenmanier zarte Winke für die Anwendung von Brachialgewalt gegen unsere Partei. Sie schreibt, nachdem sie die Darstellung unseres Zentralorgans, der „Roten Fahne“ in Berlin, zitiert:

„Eigentlich wäre es eine verdienstvolle und dankenswerte Aufgabe, weitere Kreise fortgesetzt über den hauptsächlichsten Inhalt der jetzt zweimal täglich erscheinenden „Roten Fahne“ auf dem Laufenden zu erhalten. Leider ist das aber aus technischen Gründen nicht möglich, und wir können bloß der Hoffnung Ausdruck geben, daß wenigstens die zuständigen Stellen aufmerksam die Hege und Wahlarbeit verfolgen werden, die von der „Roten Fahne“ geleistet wird. Jede einzelne Nummer bringt für den Wissenden und Sehenden eine Fülle wertvoller Fingerzeige dafür, wohin die Fahrt geht. Die Freiheit und Echtheit der Sprache ist dabei nicht zu übersehen.“

Und die „Deutsche Tageszeitung“ wird noch deutlicher, indem sie an die Orgesch appelliert. Sie meint, nachdem sie u. a. den Aufruf der V. K. P. D. zur preussischen Landtagswahl registriert:

„Gibt es einen besseren Beweis für die Notwendigkeit einer ausreichenden Ordnungsmacht? Dafür, daß das Bürgertum sich fester denn je zur Abwehr zusammen-schließen muß? Für die ständig wachsende bolsche-wistische Gefahr überhaupt? Rufen nicht ferner alle diejenigen, welche für ein geordnetes Staatswesen eintreten, gleichzeitig ihren Kampf gegen die Fehler des Bolschewismus richten, die diesen so gern mit dem Wort „Räteregime“ als unbedeutend abtun, nämlich die Reichssozialdemokratie und auch zum Teil die bürger-

lichen Demokraten? Die Fragen stellen, heißt sie be-antworten.“

Das Proletariat erkennt aus diesen Auslassungen und dem Freudengeheul der bürgerlichen Presse über die Ver-suche der menschenwürdigen Presse, die Mutschuld in Flens-burg an die Rockschöße der „kommunistischen Hege“ zu hängen, daß die bürgerlich-menschenwürdige Einheitsfront gegen die Revolution nahe vor der Verwirklichung steht! Um so schärfer wird seine Wachsamkeit sein müssen, da-mit es nicht eines Tages vom reaktionären Ansturm über-wältigt werde!

Die schamlosen Lügen der Scheidemann-Hilferding-Lente über Flensburg.

Bekanntlich hat auch die sozialistisch-antibolschewistische Presse begierig die Lügen aufgegriffen, die Flensburger Kommunisten hätten zum Sturm auf die Sipo-Kaserne ge-kehrt, um so unsere Genossen der Schuld an dem neuen Proletariatsmord zu zeihen zu können. Bereits der Bericht eines Augenzeugen an die Berliner „Rote Fahne“ wies nach, daß das Gegenteil richtig sei. Gerade die Führer der Flensburger V. K. P. D. haben alles ver-sucht, um den Kaserne-Sturm zu verhindern! Wir erhalten darüber noch folgenden Bericht eines Augen-zeugen:

„Der Kommunist Hoffmann aus Flensburg wurde schon einige Wochen belästigt und Offiziere der Sipo ver-suchten durch Ueberredung Hoffmann zu veranlassen, über angebliche Pläne der Kommunisten Bericht zu geben. Hoffmann wies dies Ansuchen zurück mit dem Bemerkung, daß er nichts von Plänen der Kommunisten wisse. Darauf erfolgte die Verhaftung Hoffmanns während der Nacht. Bei der Verhaftung wurde die Wohnung demoliert, Hoff-mann in einem Auto zur Kaserne geschafft. Auf dem Kasernehof soll er angeblich einen Fluchtversuch gemacht haben. Es steht fest, daß die Schüsse aus nächster Nähe abgegeben sind.“

Die Arbeiter Flensburgs waren am Dienstag in einer Anzahl von 12 000 bis 15 000 erschienen. Nach der Verurteilung, bei welcher ein Mitglied der Hamburger Be-zirksleitung der V. K. P. D. rebete, zogen die Arbeiter auf einen freien Platz, wo nochmals zu den Massen geredet wurde. Des Abends fanden in zwei Sälen, die auf Anfrage freiwillig von den Seelbesitzern zur Verfügung gestellt waren, überfüllte Versammlungen statt. Nach den Versammlungen bildete sich spontan ein Demonstrationstrupp, der vor die Kaserne zog. Als junge Leute in die Kaserne einzudringen versuchten, wurde die Menge von den führenden Kommunisten zum Auseinandergehen aufgefordert. Während nun die Demon-stranten sich langsam entfernten, erschienen plötzlich aus einer Seitenstraße 30—40 Sipolente und eröffneten auf die sich entfernenden Massen das Feuer. Trotzdem die Demonstranten in aller Eile flüchteten, wurde noch auf sie geschossen.

Thyssen provoziert das Ruhrproletariat.

Ausdehnung des Streikes in Hamborn.

Der Kampf der Hamborner Belegschaft der Thyssenschen Werke gegen die Verlängerung des Achtstundentages geht weiter. Wie uns unterm 6. Januar aus Hamborn gemeldet wird, erklärt die Werksleitung, daß alle Arbeiter, die bis zum 6. Januar ihre Arbeit nicht wieder aufgenommen hätten, entlassen würden. Falls sich nicht genügend Arbeiter meldeten, erfolge Stilllegung des gesamten Werkes.

Auf diesen Einschüchterungsversuch sind von der insgesamt 14 000 Mann zählenden Belegschaft nur rund 300 Berg-arbeiter herangezogen. Die übrigen verharrten im Streik und unterstützen das Ultimatum der Streikleitung, die inner-halb 48 Stunden die Erfüllung des Versprechens auf Auf-rechterhaltung der Achtstundenschicht verlangt. Falls diese Forderung nicht erfüllt wird, sollen sämtliche Schacht- und Werkanlagen stillgelegt werden.

Am 7. Januar sind weitere 10 Schachtanlagen in einen 24stündigen Sympathiestreik eingetreten. Insgesamt beträgt zur Zeit die Zahl der Streikenden bereits rund 40 000! Der Ausstand wird noch weitere Ausdehnung annehmen und auf andere Bergbezirke übergreifen, wenn die berechtigten Forderungen der Streikenden nicht erfüllt werden.

Natürlich versucht die Gewerkschaftsbürokratie schon jetzt in Gemeinschaft mit den Organen der kapitalistischen Staats-gewalt, die Bewegung abzumildern. Der Ortsausschuß des A. D. G. O. in Hamborn gab die Parole zur Weiterarbeit aus. Ohne jeden Erfolg natürlich, wie die Ausdehnung des Ausstandes beweist. Und die Polizei verhaftete am 6. Januar 15 Streikposten mit dem gleichen negativen Resultat! Das Klassenbewußte Proletariat läßt sich durch solche Schikanen nicht einschüchtern und antwortet mit einer Verschärfung des Kampfes!

Anwachsen des Streiks in Hamborn.

Die Streiklage in Hamborn ist noch weiter verschärft. Die Direktion des Thyssen-Werkes hat jetzt ihren Betrieb ge-schlossen und erklärt, daß sämtliche Arbeiter entlassen sind. Das bedeutet, daß den Arbeitern der Kampf aufgezwungen wird. Es ist zuverlässig festgestellt worden, daß bereits die Feuer ausgelöscht werden, so daß für absehbare Zeit der Betrieb nicht wieder in Gang gesetzt werden kann. Die Belegschaften sämtlicher Werke von Groß-Hamborn und auch einzelner umliegender Ortschaften haben den Sympathiestreik erklärt. Der Sympathiestreik wird fortgesetzt werden.

Eine Konferenz sämtlicher Belegschaften von Rheinland-Westfalen wird in Essen zusammenzutreten und Stellung nehmen zu den Hamborner Ereignissen. Von dieser Ent-scheidung wird es abhängen, ob der Generalstreik in Rheinland-Westfalen erklärt wird. Die Streikleitung von Hamborn hat an die Konferenz die Aufforderung gerichtet, sie mit allen Mitteln, auch mit dem Sympathiestreik, aktiv zu unterstützen. Die stehen vor schweren Entscheidungen in Rheinland-Westfalen.

Die Eisenbahnerbewegung.

Die Kompromisselei geht weiter.

Presse-Meldung: Im Verlaufe des Freitags haben im Reichsfinanzministerium Besprechungen über die Erhöhung der Steuerzuschüsse mit den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes und der Eisenbahner-Großorganisationen stattgefunden, an denen u. a. außer dem Reichsfinanzministerium das Reichsverkehrsministerium und das Reichspostministerium beteiligt waren. Diese Besprechungen führten nach langen Verhandlungen zu einer Verständigung auf der Grundlage der im Reichsverkehrsministerium mit den Eisenbahnerorganisationen getroffenen Vereinbarungen bis auf einen Punkt, in welchem der Deutsche Beamtenbund glaubt, seine Forderungen nicht zurückstellen zu können. Es sind nunmehr die Grundlagen geschaffen, für die Entscheidung des Reichsfinanzministers und des Reichskabinetts, nachdem zuvor Verhandlungen mit den Länderregierungen stattgefunden haben werden.

Die Eisenbahner sind nicht zufrieden.

Die bürgerliche Presse schreibt: Wie gemeldet wird, kann der Frieden mit den Eisenbahnern noch nicht als gesichert gelten, trotzdem mit Sachverständigen eine vollständige Verständigung erzielt worden ist. In radikalen Kreisen der Eisenbahner, die insbesondere in Mittel- und Westdeutschland einen ziemlich großen Einfluß besitzen, nennt man die Zugeständnisse der Regierung ungenügend. Auf einen Streik könne angesichts der Haltung der Regierung, die das Koalitionsrecht der Beamten angeht, nicht verzichtet werden. Außerdem wird die Behauptung verbreitet, daß die Zugeständnisse der Regierung hauptsächlich nur deswegen gemacht worden seien, damit die höheren Beamten jeglicher Sympathiebekundung für die unteren Beamten ferngehalten werden.

Eisenbahner! Arbeiter! Beamte!

Weißt die „Einigung“ der Beamten mit der Regierung von Euch! Gebt nicht einen Pfennig der ursprünglichen Forderung auf. Laßt Euch das Streikrecht nicht rauben!

Für die Rechte des Betriebsrats.

Ein Sieg der Ruhrbergarbeiter.

Am 4. Januar traten die Belegschaften aller Zechen des Mühlheimer Bergwerksbezirks (Sunneslozern) in den Streik. Es handelte sich um die Wahrung eines Betriebsrats, dem seine letzten Rechte geraubt werden sollten. 15.000 Bergarbeiter kämpften geschlossen für die letzten Rechte der Betriebsratsrechte. Die einmütige Solidarität der Arbeiter hat zu einem Siege geführt. Wie mitgeteilt wird, wurde der gemäßigte Betriebsrat bedingungslos wieder eingesetzt.

Die einmütig geführte Aktion hat erneut bewiesen, daß die Arbeiterklasse mit Leichtigkeit auch in anderen revolutionären Situationen Siege erringen kann, wenn sie geschlossen auftritt und gewillt ist, ihre Rechte zu verteidigen und neue aus der Revolution geborenen Rechte gegenüber dem verfallenden Kapitalismus zu erringen.

Offener Brief

Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund,
Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände,
Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands!

Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands hat es für ihre Pflicht, in einem, für das gesamte deutsche Proletariat bedeutsamen und schweren Augenblicke sich an alle sozialistischen Parteien und Gewerkschaftsorganisationen zu wenden.

Die fortschreitende Zerschlagung des Kapitalismus, die Auswirkungen der einsetzenden Weltkriege zu den Wirkungen der besondern deutschen Krise, die fortschreitende Entwertung des Geldes und die in Deutschland noch immer fortschreitende Steigerung der Preise aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, die zunehmende Arbeitslosigkeit und Verelendung der breiten Massen machen es notwendig, daß die proletarische Klasse sich als Gesamtheit zur Wehr setzt, und dabei nicht nur der Industrieproletariat, sondern auch der Schichten, die, erst jetzt erwachend, sich ihres proletarischen Charakters bewußt werden.

In dieser unerträglichsten Situation wird das Proletariat gehalten durch die fortschreitende Reaktion, die in Orde, in dem Reichsgewand, in der Justiz, die jeden Revolvermord deckt, immer neue Fesseln für das Proletariat erfindet und die auf die Unmöglichkeit des Proletariats spekuliert.

Die K. A. P. D. schlägt daher sämtlichen sozialistischen Parteien und Gewerkschaftsorganisationen vor, sich auf folgender Grundlage zu unmittelbar zu vereinbaren, im einzelnen noch näher zu besprechenden Punkten zusammenzufassen:

1. a) Sicherung von einheitlichen Lohnkämpfen zur Sicherung der Existenz der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

b) Erhöhung aller Renten und Pensionen der Kriegsschwer- und Invaliden entsprechend den gestiegenen Lohn- und Gehaltsätzen.

c) Einheitsregelung der Arbeitslosenbezüge für das ganze Reich auf der Grundlage der Verdienste der Beschäftigten.

Verhängung des Reiches mit der Unterstützung unter ausbleibender Heranziehung des Kapitals für diese Zwecke.

Kontrolle der Arbeitslosen durch besondere Arbeitslosenkassen in Verbindung mit den Gewerkschaften.

II. Maßnahmen zur Verbilligung der Lebenshaltung, nämlich:

a) Abgabe verbilligter Lebensmittel an alle Lohn- und niederen Gehaltsempfänger (Rentenempfänger, Witwen-, Waisengeldempfänger usw.) unter Heranziehung der Konsumvereine und unter Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräte.

b) Sofortige Beschaffung aller zur Verfügung stehenden bewohnbaren Räume mit dem Recht, nicht nur zwangsweiser Einquartierung, sondern auch zwangsweiser Ausquartierung kleiner Familien aus großen Wohnungen oder gar Häusern.

III. Maßnahmen zur Bereitstellung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen:

a) Kontrolle aller vorhandenen Rohmaterialien, Kohle, Düngemittel durch die Betriebsräte.

Wiederanlegung aller stillgelegten Betriebe, soweit sie Bedarfsgegenstände herstellen: Verteilung dieser so hergestellten Gegenstände nach den Bedürfnissen zu II. a.

b) Kontrolle der Bestellung der Ernte und des Verkaufs aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch Güter- und Kleinbauernräte in Verbindung mit den Landarbeiterorganisationen.

Achtung! Gewerkschaftsmitglieder-Betriebsräte.

Am 8. Januar erscheint die Nummer 1 „Der Kommunistische Gewerkschaftler“, Wochenzeitung für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften und Betriebsräten. Redaktion Fritz Hedert, Berlin N. Rosenthalerstr. 38. Zu beziehen durch Frankes Verlag, G. m. b. H., Berlin SW, Blücherplatz 2 III, oder durch die Post. Monatlich M. 1.50, vierteljährlich M. 4.—, Preis der Einzelnummer 40 Pfg. Bestellungen nehmen alle Funktionäre der K. A. P. D. entgegen.

1. „Der Kommunistische Gewerkschaftler“ ist der Nachfolger des „Arbeitertribune“ und der „Kommunistischen Mitbestimmung“, er setzt ihr Werk auf breiterer Grundlage fort.

2. „Der Kommunistische Gewerkschaftler“ wird über alle wirtschaftlichen Fragen und Kämpfe der arbeitenden Klassen in Deutschland und den anderen Ländern berichten.

3. „Der Kommunistische Gewerkschaftler“ ist der Führer und Berater der Arbeiter und Angestellten in ihrem wirtschaftlichen Befreiungskampf.

4. „Der Kommunistische Gewerkschaftler“ kämpft gegen den Geist der Arbeitsgemeinschaft, gegen die Ausbeutung der internationalen Vereinigung der revolutionären Arbeiter im Moskauer Gewerkschaftsrat. Er ist gegen die Internationale der Phrasen und für die Internationale der Tat, gegen den Opportunismus und für den Kampf um den Kommunismus.

5. „Der Kommunistische Gewerkschaftler“ muß von jedem revolutionären Gewerkschaftsmitglied, von jedem Betriebsrat gelesen werden.

Genossen! An die Arbeit! Im kleinsten Ort, im kleinsten Betrieb muß der „Kommunistische Gewerkschaftler“ gelesen werden. Er ist Arznei gegen das Gift, das Tag für Tag durch die rechtsstehende Arbeiterpresse und allwöchentlich durch die Millionen Gewerkschaftsblätter verbreitet wird.

Die Ortsgruppen sind verpflichtet, sofort mit dem Sammeln von Abonnenten zu beginnen. Die Zeitung kann durch die Post bestellt werden oder durch die Kommunistische Bucherei, Breslau, Gräbischenerstr. 45. Es ist uns mitzuteilen, wieviel Abonnementsemplare die Ortsgruppen bestellt haben. Ferner sind bei der Bucherei die Einzelemplare für die Agitation zum Verkauf zu bestellen.

Verkehrsverhandlungsleitung der K. A. P. D., Schlesien.
F. A. Ziegler.

IV. a) sofortige Entwaffnung und Auflösung aller bürgerlichen Selbstschutzorganisationen und Bildung proletarischer Selbstschutzorganisationen in allen Ländern und Gemeinden.

b) Amnestie für alle Delikte, die aus politischen Motiven oder aus Gründen der bestehenden allgemeinen Not begangen wurden. Freilassung aller politischen Gefangenen.

c) Aufhebung der bestehenden Streikverbote.

d) Sofortige Aufnahme der Handels- und diplomatischen Beziehungen zu Sowjet-Rußland.

Indem wir diese Aktionsgrundlage vorschlagen, verheimlichen wir keinen Augenblick, weder uns selbst noch den Arbeitermassen, daß die von uns aufgestellten Forderungen ihre Not nicht beseitigen können. Ohne auch für einen Augenblick darauf zu verzichten, in den Arbeitermassen den Gedanken an den Kampf, um die Diktatur, den einzigen Weg zur Erreichung weiter zu verbreiten, ohne darauf zu verzichten, die Arbeitermassen in jedem günstigen Moment zum Kampf um die Diktatur aufzufordern und zu führen, ist die Vereinigte Kommunistische Partei bereit, mit allen anderen Parteien, die sich auf das Proletariat stützen, gemeinsam die Aktion um die oben angeführten Forderungen durchzuführen.

Wir verhehlen die Gegenfrage nicht, die aus von den anderen Parteien kommen. Wir erklären vielmehr: wir wollen von den Organisationen, an die wir uns wenden, nicht ein Lippenbekenntnis zu den vorgeschlagenen Aktionsgrundlagen, sondern die Aktion für die aufgestellten Forderungen.

Wir fragen die Parteien, an die wir uns wenden, nicht: Haltet Ihr diese Forderungen für sinnvoll? Das setzen wir voraus.

Wir fragen sie:

Seid Ihr bereit, gemeinsam mit uns für diese Forderungen unerbittlich den rücksichtslosesten Kampf aufzunehmen?

Auf diese klare und eindeutige Frage sehen wir einer ebenso klaren und eindeutigen Antwort entgegen. Die Situation erfordert auch eine rasche Antwort. Wir erwarten deshalb eine Antwort bis zum 13. Januar 1921.

Sollten die Parteien und die Gewerkschaften, an die wir uns wenden, nicht gewillt sein, den Kampf aufzunehmen, so würde die K. A. P. D. sich für verpflichtet erachten, diesen Kampf allein zu führen und sie ist überzeugt, daß ihr die Arbeitermassen folgen werden. Schon heute wenden sich die K. A. P. D. an alle proletarischen Organisationen im Reich und die sich um sie sammelnden Arbeitermassen mit der Aufforderung, in Versammlungen ihren Willen zur gemeinsamen Abwehr gegen den Kapitalismus und gegen die Reaktion, zur gemeinsamen Verteidigung ihrer Interessen zu bekunden.

Internationale.

Ein französischer 400 Millionen-Kredit für neuen Kampf gegen Sowjet-Rußland.

Die französische Regierung hat der Kammer eine Vorlage unterbreitet, die eine Kreditbewilligung von 400 Millionen Francs zur Unterstützung „auswärtiger Regierungen“ im neuen Jahre vorsieht. Von den Sozialisten wurde die Vorlage lebhaft bekämpft, weil die 400 Millionen für einen neuen Krieg gegen Sowjet-Rußland bestimmt seien. Daraufhin erklärte der Kriegsminister Ribbentrop, daß man zwar eine weitere Unterstützung Brangels nicht beabsichtige, aber wenn Polen wieder Frankreich um Hilfe rufen sollte, werde man ihm die Hilfe leisten. Ueberdies sei es gar nicht beabsichtigt, die 400 Millionen reiflos auszugeben, sondern die Regierung solle nur freien Spielraum bis zu dieser Höhe erhalten. Nach dieser erbauenden Erklärung hat die Kammer die 400 Millionen mit 443 gegen 90 Stimmen bewilligt. — Es ist also klar, daß das französische Kapital seine Räuberpläne gegen Sowjet-Rußland immer noch nicht begraben hat. Ein neues Abenteuer Polens würde sofort die volle Unterstützung der Pariser Regierung finden. Gegenüber diesen sauberen Projekten muß das Proletariat Frankreichs so gut wie Deutschlands ständig auf der Wacht stehen. Es ist in diesem Zusammenhang bezeichnend, daß die reaktionäre französische Presse ständig von den angeblichen Angriffsplänen Sowjet-Rußlands gegen Litauen erzählt und ein polnisch-litauisches Abwehrbündnis gegen Rußland empfiehlt.

Der polnische Bankerott.

Der polnische Finanzminister erklärte in einer Rede, Polens Schulden betragen jetzt 230 Milliarden. Sie werden sich in der nächsten Zeit um 60 Milliarden vergrößern. Von diesen 60 Milliarden entfallen 20 Milliarden für das in Rumänien und Amerika angelassene Getreide und 30 Milliarden für die Ausrüstung des Heeres für die Zeit von 3 Monaten.

(„Kosla Wien“.) Nach einer Rede des polnischen Finanzministers kommen auf den Kopf der polnischen Bevölkerung: Schulden 11.600 Mt., Steuern 540 Mt., Papiergeld 2000 Mt. In Deutschland: 3346 Mt., Steuern 474 Mt., Papiergeld 1275 Mt. Dabei ist der Durchschnitt des Einkommens in Polen kleiner als in Deutschland. Praktisch heißt das: die Lebenshaltung in Polen ist durchschnittlich ungünstiger als in Deutschland.

Der Bankerott Oesterreichs.

Die österreichische Bundesregierung teilte der Entente-Kommission in Wien mit, daß es ihr ohne die erhobene finanzielle Hilfe der Entente nicht mehr möglich sei, die Auszahlung der am 1. Februar 1921 fälligen Gehälter und Pensionen vorzunehmen.

Parteitag in Luxemburg.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Luxemburg meldet, hat der luxemburgische sozialdemokratische Parteitag mit 97 gegen 21 Stimmen den bedingungsweisen Anschluß an die dritte Internationale angenommen. Die Genossen, die mit 21 Stimmen den bedingungslosen Anschluß beantragt hatten, traten aus der Partei aus und bildeten eine kommunistische Gruppe. Klara Zetkin erschien auf dem Parteitag in Differenzen und trat für den bedingungslosen Anschluß ein.

Sinowjew über die Rolle der Gewerkschaften.

Aus der Rede Sinowjews in einer in Moskau stattgefundenen Diskussion über die Rolle der Gewerkschaften in der Produktion:

Die Gewerkschaften sind das Rückgrat in der proletarischen Diktatur. Sie sind die Schule des Kommunismus. Man muß es begreifen, daß 7 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter berufen sind, die Bauernschaft zu beinflussen und sie an sich zu ziehen. Und dazu brauchen wir eine wahre Einheit in der nach vielen Millionen zählenden Gewerkschaftsmasse.

Aufruf der rumänischen Kommunisten an das Weltproletariat.

Das Exekutivkomitee der kommunistischen Gruppe der rumänischen sozialistischen Partei veröffentlicht ein Manifest an das Proletariat aller Länder, in dem es u. a. heißt:

Genossen! Die Hilferufe zugunsten der Kowalgarde der magyarischen arbeitenden Massen sind noch nicht verstummt und schon müssen wir einen anderen Hilferuf ertönen lassen zugunsten eines Proletariats, das von einer ebenso grausamen Bourgeoisie wie jene Horthy's ausgebeutet und

terrorisiert wird. Dies ist die rumänische Bourgeoisie, die, geleitet von der Regierung Averescu, den sozialistischen Arbeitern gegenüber den grausamsten Terror anwendet.

Rumänien ist wie Ungarn eines der Zentren der Weltreaktion. Die Begriffe von Freiheit und Recht existieren in diesem Lande nur auf dem Papier. Die Agenten der rumänischen Regierung betrügen systematisch die öffentliche Meinung des Auslandes, um besser Anleihen von den fremden Kapitalisten aufnehmen zu können. — Versammlungs- und Pressefreiheit existieren nicht, ebenso wenig wie der Parlamentarismus. Die Abgeordneten, welche der militaristischen Regierung mißlieblich sind, werden verurteilt und zu Zwangsarbeit verurteilt. Das Leben jeden Politikers der Opposition ist beständig in Gefahr. Im ganzen Lande werden sozialistische Arbeiter und Intellektuelle geschlagen und gemartert und dann durch die Kriegsgerichte abgeurteilt. Der Terror in Rumänien kann nur mit dem zaristischen Terror vor der Revolution von 1905 verglichen werden. Wer den Mut hat, sich als Kommunist zu bekennen, tut gut, gleich sein Testament zu machen. — Am 17. November sind einem politischen Attentate, dessen Urheber unbekannt sind, zwei Senatoren und ein Minister zum Opfer gefallen. Dieses Attentat hat der Regierung von neuem den Vorwand geliefert, um in brutalster Weise gegen die Arbeiter vorgehen zu können. Die Polizei ist Tag und Nacht damit beschäftigt, neue Verhaftungen vorzunehmen. Alle, die das Unglück gehabt haben, in die Hände der Polizei zu fallen, werden geschlagen und terrorisiert. Viele Tausende halten sich in den Wäldern versteckt, um der grausamen Diktatur der Generale zu entgehen.

Genossen! Das Proletariat hat seine Führer verloren, denn die Mitglieder der Exekutive der offiziellen sozialistischen Partei mit ihren rückständigen Ideen, sich nur darum kümmernd, ihr eigenes Leben zu retten, konnten den Arbeitern in ihrem revolutionären Kampfe gegen unsere Bourgeoisie nicht beistehen. Die revolutionären Arbeiter, die heute dazu gezwungen sind, eine unterirdische Tätigkeit zu entfalten, wenden sich an Euch: Rettet uns aus den Klauen der militaristischen Reaktion! Brandmarkt das Rumänien der Vojaren (Zunker)!

Das rumänische Proletariat, voll Vertrauen auf seine Sache, wird an Eurer Seite für den Sieg der Weltrevolution kämpfen.

Es lebe die kommunistische Internationale!
Es lebe die Weltrepublik der Sowjets!

Kommunistenhege auch in Norwegen.

Der Abbruch des letzten Eisenbahnerstreiks hat offenbar der norwegischen Bourgeoisie neuen Mut gemacht. Wie aus Christiania gemeldet wird, wurde der Vorsitzende unserer norwegischen Bruderpartei Genosse Gress verhaftet. Als Anlaß zur Verhaftung wird angegeben, daß die Partei die Regierungsverordnungen wegen der Ein- und Ausfuhr der kommunistischen Literatur übertreten habe. Aber die norwegische Bourgeoisie wird sich täuschen: ihr Gewaltstreich wird den Kampfwillen des Proletariats nur verstärken.

Ein Erfolg der englischen Bergarbeiter.

Der Proteststreik von 50000 Bergleuten des Rhondda-Gebietes wegen der ungerechtfertigten Entlassung von elf Arbeitern brachte vollen Erfolg. Die betreffende Zechenverwaltung mußte sich dazu bequemen, die elf Mann wieder einzustellen.

Republik Deutschland

Roske.

Der Held der Konterrevolution des Jahres 1919, Herr General Maercker, hat Memoiren geschrieben, in denen er ein wahres Loblied über Gustav Noske singt. Er erzählt dabei eine sehr bezeichnende Anekdote:

„Wie vorurteilslos Noske uns gegenüberstand, mag folgendes kleine Beispiel zeigen: Bei der Reichsregierung ging in der zweiten Januarhälfte von der Nordseefestung Borkum, deren Kommandant ich im ersten Kriegsjahre gewesen war, folgendes Telegramm des Soldatenrats ein:

„Wir halten es für unsere Pflicht, die Reichsregierung dringend vor dem dort befindlichen General Maercker, Kommandeur des Landesjägerskorps, zu warnen, der sich hier auf Borkum stets als Erreaktionär schlimmster Sorte und als Herrenmensch erwiesen hat.“

Noske steckte das Telegramm in einen Briefumschlag und schickte es mir als Geschenk zu.“

Und dieser blindergegebene Wortknecht der Konterrevolution ist noch heute Oberpräsident der Provinz Hannover und er darf es sogar wagen, dort vor rechtssozialistischen Arbeitern Vorträge zu halten, ohne daß er von der Tribüne heruntergeholt wird.

Demagogische Wahlvorbereitungen.

Um für den kommenden Wahlkampf Material zu schaffen und die gewünschte Stimmung gegen die Kommunisten hervorzurufen, wird von den Hilferdingen und den Rechtssozialisten von „Kommunistischer Demagogie“ usw. bei der Berichterstattung über Vorgänge im sächsischen Landtag geschwätzt. Der Sachverhalt ist folgender: In fast allen sächsischen Städten fanden dieser Tage Arbeitslosen-demonstrationen statt; die kommunistische Fraktion hatte im Landtag folgenden Antrag eingebracht:

„Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen, zur augenblicklichen Linderung der größten Not der Arbeitslosen folgende Maßnahmen sofort durchzuführen:

1. Es kommt eine Beihilfe von 400 Mk. für ledige und von 600 Mk. für verheiratete Arbeitslose zur Auszahlung;
2. die Arbeitslosenunterstützungssätze werden um 100 % erhöht;

3. die Renten werden auf die Arbeitslosenunterstützung nicht angerechnet;
 4. die volle Arbeitslosenunterstützung wird an alle Arbeitslosen gezahlt für die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit;
- die Mittel für die Arbeitslosenunterstützung sind von den Unternehmern auf dem Wege des Umlageverfahrens, gestaffelt nach der Höhe des Umsatzes und des Reingewinns der einzelnen Betriebe aufzubringen.“

Angesichts der Kollage der Arbeitslosen und wegen der starken Erregung in Dresden, Leipzig und Chemnitz, wo große Kundgebungen stattfanden, verlangten unsere Genossen in der Landtagsitzung am Donnerstag die sofortige Behandlung obigen Antrages. Schon während der Begründung wurde unser Fraktionsredner Sievert (Chemnitz) wiederholt vom Landtagspräsidenten Fräßdorf zur Ordnung gerufen. Diese Provokationen hatten Zwischenrufe von der Tribüne zur Folge. Dann ließ Fräßdorf darüber abstimmen, ob eine angemeldete Delegation der vor dem Rathaus versammelten Arbeitslosen empfangen werden solle. Dieser Empfang wurde vom Landtag abgelehnt. Natürlich gab es wieder Lärm und nach scharfen persönlichen Zureufen gegen Fräßdorf ließ dieser nochmals abstimmen und stellte darauf als Beschluß fest: Der Antrag der Kommunisten ist abgelehnt.

Unsere Genossen verließen darauf demonstrativ die Sitzung, um sich zu den versammelten Arbeitslosen zu begeben und dort kurze Ansprachen zu halten.

Der Menschewist Lipinski hatte in seiner Eigenschaft als Polizeiminister vor dem Landtagsgebäude Polizei postiert und verteidigte diese Maßnahme damit, daß er behauptete, die Arbeitslosen seien mit Gummiknüppeln und Eisenstangen bewaffnet.

Während der Abwesenheit unserer Genossen verkündete Präsident Fräßdorf, daß sich der Landtag in einigen der unteren Räume versammeln werde. Da jedoch nur etwa ein Drittel der Abgeordneten sich dem Präsidenten angeschlossen, wurde auf einen Antrag des Rechtssozialisten Felsch (Chemnitz) beschlossen, die Sitzung wieder in den alten Parlamentsaal zu verlegen und die Abordnung der Arbeitslosen durch eine Abordnung aller Fraktionen des Landtages zu empfangen, die Fortsetzung der nächsten Sitzung auf einhalb drei Uhr im alten Parlamentsaal anberaumt.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung des Landtages teilte der Präsident mit, daß je ein Mitglied der verschiedenen Fraktionen bestimmt worden sei, um mit der Abordnung der Arbeitslosen zu verhandeln. Darauf wurde die Tagesordnung ohne jede weitere Störung erledigt.

Warum mußte denn der Konflikt vorher auf die Spitze getrieben werden? Konnte man denn nicht gleich so vernünftig sein? Es liegt die Vermutung sehr nahe, daß man bei den Rechtssozialisten und Unabhängigen wieder einmal zu spät dahinter gekommen ist, daß auch die Arbeitslosen schließlich Wähler sind, deren Stimmen man sich nicht verschmerzen darf, wenn man wieder als „Arbeitervertreter“ in den „Wähler-versammlungen“ um Arbeiterstimmen buhlt. Mit den blöden Schimpfereien im „Vorwärts“ und in der „Freiheit“ wollen die Menschewisten nur ihre furchtbare Blamage im sächsischen Landtag vertuschen. Denkende Arbeiter werden freilich darauf nicht mehr hereinfallen.

Ein kommunistischer Antrag

erregt das Mißfallen aller derer, die etwas haben. So zeterne: In Walb (Rheinland) beantragten die Kommunisten, die in der Stadtverordnetenversammlung die Mehrheit haben, die Aufnahme einer städtischen Anleihe von fünf Millionen und der jedem Einwohner, der bei zwei Kindern 18 000 Mk. Einkommen nicht erreicht, der Fehlbetrag gezahlt werden soll. Zur Verzinsung der Anleihe soll eine Wohlfahrtssteuer von allen Einkommen über 50 000 Mark erhoben werden.

Drohungen aus Kahrs Reich.

Die Ruhrbergleute drohten in Berlin mit der Einstellung der Kohlenlieferung nach Bayern, wenn die von der Entente geforderte Auflösung der Einwohnerwehren nicht erfolgt. Dazu schreibt der Merikale „Barricade Kurier“:

„Die Folgen einer solchen Maßnahme wären nicht vor-auszubestimmen. Daß sich durch einen solchen wirtschaftlichen Kriegszustand, auch wenn er nur kurze Zeit dauert, Stimmungen herausbilden müßten, an die man nur mit Grauen denken kann, liegt auf der Hand. Die Einwohnerwehr würde auch dadurch nicht zu Fall gebracht, wohl aber könnte manches andere zusammenbrechen. Wer es gut meint mit dem deutschen Vaterland, und wer Verantwortung noch kennt und wertet, der unterlasse es, mit Ideen wie Kohlenperre als politisches Prestigiemittel auch nur in Gedanken zu spielen!“

Durch diese Drohungen mit der Vostrennung Bayerns vom Reich werden sich die Arbeiter nicht nehmen lassen, das zu tun, was in ihrem Interesse notwendig ist.

Kapitalistische Wirtschaft.

Fette Profite aus Menschenaugen.

Aus dem Bericht einer thüringischen Handels- und Gewerbekammer stellt die „Frankfurter Ztg.“ folgende bezeichnende Gegenüberstellung zusammen:

Künstliche Menschenaugen.

Das Geschäftsbild war im ersten Vierteljahr 1920 infolge der durch den Krieg und den geringen Wert der deutschen Mark geschaffenen außergewöhnlich guten Absatzverhältnisse nach dem Auslande ein besonders günstiges.

Die allgemeine wirtschaftliche Krise führte jedoch in den folgenden Monaten zu einem empfindlichen Rück-schlag. Erst gegen Ende des Jahres trat eine Wiederbelebung des Geschäftes ein.

Einige Seiten weiter:

Puppenaugen.

Die Geschäftslage in der Puppenaugenindustrie während des Berichtsjahres muß im allgemeinen als schlecht bezeichnet werden. ... Der deutsche Markt hatte nur geringen Bedarf an Puppenaugen.

Nichts enthält besser die „sittlichen Grundlagen der Privatwirtschaft“ als die trockene Geschäftssprache, in der sich die schreckliche aller körperlichen Kriegsfolgen wieder spiegelt. Das Kapital hat den Krieg führen lassen um den Profit. Granaten, Bänder, Tornister und Menschenfleisch drückten sich im Sill und haben der Geschäftsbücher aus.

Was Wunder, daß auch die künstlichen Menschenaugen, der „Massenbedarfsartikel“ für die Tausende von Kriegsblinden auf der ganzen Welt, die Freude der Kapitalisten wecken angesichts der durch die schlechte Wälua geschaffenen „außerordentlich guten Absatzverhältnisse“, die den Absatz der Puppenaugen in Schatten stellen.

Die deutschen Kapitalisten bleiben sich aber auch hier treu. Sie verschieben selbst die künstlichen Augen auf Kosten der sonst mit so viel billigen Heuchlerphrasen bedauerten Kriegsblinden ins Ausland.

Man kann in der Tat die Brut der Kapitalisten gegen den Bolschewismus verstehen, der sie an der Weiterführung ihres im Namen der Sittlichkeit und Kultur ausgeübten Berufes hindern will. Und man kann zugleich die Freude der Kapitalisten begreifen über ihre freiwilligen und unfreiwilligen Helfer gegen den Bolschewismus in den Reihen des Proletariats.

Amerika und der Kredit.

J.P. Washington: Schatzsekretär Houston bezeichnete bei einer Besprechung über die Lage der Farmer die finanzielle Lage der Vereinigten Staaten als sehr kritisch. Eine weitere Ausdehnung der Kreditgewährung, wie die staatliche Beilehung Deutschlands, würde die Vereinigten Staaten auf das demoralisierte Niveau Europas hinunterziehen. Deutschland sei ja gezwungen worden, den Alliierten einen Blankoscheck zu geben. In Anbetracht dieser ausstehenden Blankoschecks sei Kredit für Deutschland praktisch wertlos und müsse es bleiben.

Die Kolonisierung Polens.

Die bisher im polnischen Besitz befindlichen großen Zuckerrübenfabriken in der Ukraine, in erster Linie die Fabrik des Grafen Bobrinski in Smjela und acht Fabriken der Gräfin Branicza in Bialocerk, sind vom Auslande, aller Wahrscheinlichkeit nach für französische Rechnung, angekauft worden. Es finden Verhandlungen statt wegen des Verkaufs weiterer polnischer Zuckerrübenfabriken in der Ukraine.

In Warschau ist nach dem „Goniec Krakowski“ eine japanische Sondermission zur Besichtigung der polnischen Erdoelfelder eingetroffen. In den Kreisen polnischer Erdöl-industrieller wird angenommen, daß binnen kurzem In-vestitionen japanischen Kapitals in Polen bevorstehen.

Aus der Partei.

Warnung vor einem Spitzel.

Der aus dem Rötthener Kommunistenprozeß bekannte Spitzel Paul Grimm hat seinen Wohnsitz in Halle (Saale) verlassen. Grimm ist im Besitz der Mitglieds-karte Nr. 2636 der Allgemeinen Arbeiter-Union, Bezirk Merseburg. Sie trägt den Stempel des Ortsaus-schusses Halle und den Namen Paul Grimm, Arbeiter, geb. 2. 2. 75. Der Spitzel ist aber nicht, wie auf der Karte angegeben, 45 Jahre alt, sondern höchstens 26 bis 28 Jahre.

(Alle revolutionären Zeitungen werden um Abdruck gebeten.)

Provinz.

Proletarierlos.

Mrsndorf i. N. Versuchter Selbstmord. Ein hiesiger Arbeiter versuchte seinem Leben ein vorzeitiges Ende zu bereiten. Der Betreffende besitzt weder War- noch Lebens-mittel und Feuerung. Nur die große Not hat den Bedauernswerten zu dieser Tat getrieben; er ist 64 Jahre alt und bereits 9 Monate ohne Arbeit. Ueberall wo er um Arbeit anfragte, wurde er abgewiesen weil zu alt. Auf der einen Seite feiert man hier fröhe Feste und Zechgelage, man zahlt 100 Mark Pension pro Tag, und auf der andern Seite reicht es nicht zu den allernotwendigsten Lebensbedürfnissen.

Durch den Abbruch der hiesigen Papierfabrik sind 120 Arbeiter hloslos geworden und weiteren 100 Arbeitern steht dieses Schicksal zum 28. Februar bevor. Wer die näheren Verhältnisse kennt, kommt zu dem Resultat, daß hier nur noch einmal ein Unternehmen zustande kommt, wenn das Geld waggonweise mitgebracht wird. Es wird ein wahrer Raubbau getrieben. Sämtliche Inneneinrichtungen des Betriebes werden herausgerissen. Was gebührt die Beförderung dagegen zu tun? Ueberläßt sie das Weitere der Arbeiterschaft? Die Arbeiterschaft verlangt unweigerliches Eingreifen.

Herrnprotsch. Ein Genosse schreibt uns: Liebet Eure Feinde, tut wohl denen, die Euch hassen! Aus der hiesigen kirchlichen Gemeinschaft sind im Laufe des vergangenen Jahres ca. 70 Personen ausgeschieden. Das ist dem Herrn Pastor Bunt nicht angenehm. Am 1. Febr- tag verkündete er deshalb von der Kanzel folgendes: In nächster Zeit werden sämtliche Personen öffentlich in der Kirche namhaft gemacht, die aus der Kirche aus- geschieden sind. Auch sollen sämtliche noch Gläubigen die ausgeschiedenen mit Berachtung ansahen! Die Namen der Herren Pastoren kommt fast ins Denken. Darum beschließen sie mit allen Mitteln, sich noch zu halten. Sie

sollen nur so weiterarbeiten, vielleicht stehen sie dann mal einen schönen Sonntags nicht nur vor 1/4, sondern vor ganz leeren Bänken. Jedem revolutionären Proletarier muß es einleuchten, daß er nicht mehr in eine solche „kirchliche Gemeinschaft“ hineingehört, in welcher nur Volksverdummung im wahrsten Sinne des Wortes gelehrt wird.

Kotales.

Breslau, den 9. Januar 1921.

An einen Christen!

(Viel: O Tannenbaum.)

Der Weg zur Kirche ist nicht weit,
Denn geht der fromme Wanderscheid
Des Sonntags gern zur Kirche
Und jubelt wie die Lerche:
Zu Gottes Ehre, und Gottes Ruhm...
Wie and'res frommes Publikum.

Allein, des Welttags, wie's nun ist,
Ist Wanderscheid kein frommer Christ.
Sein heiliges Verlangen
Die Arbeiter zu hangen,
Beweist; die sündigen Triebe
Sind stärker, als die Liebe.

O Wanderscheid, o Wanderscheid,
Du edle Bier der Christenheit! —
Wird einst dein Rufus wieder voll
Infolge Streiks, dann sei nicht toll,
Halt's Maul, das christlich-lose,
Nach lieber in die P...!

Der fromme Zentrumsmann Wanderscheid gebärde sich besonders toll in der letzten Stadtverordnetenversammlung und nannte die Gemeindeglieder Lumpen und Verbrecher.

Unglanzlich!

In den „Neuesten Nachrichten“ lesen wir:

Im Hause Pöbelwitzer Straße 33 war vor einiger Zeit ein Mieter des zweiten Stockwerks gestorben, weshalb die Wohnung zu vergeben war. Im Kellergehoß des Hauses wohnte eine Frau mit 2 kranken Kindern, die nunmehr bei dem Wohnungskommissar vorstellig wurde, diese leerstehende Wohnung beziehen zu dürfen. Bald darauf erschien auch ein Beamter des Kommissars, welcher der Frau anheimstellte, sofort die leere Wohnung zu beziehen. Die Kellermwohnung sollte von einem Manne bezogen werden, der bisher in der Wajkische geseht und sich dort die Füße erfroren hatte. Nachdem nun die Frau mit den 2 kranken Kindern die Wohnung im zweiten Stock bezogen hatte, erhielt die Hauswirtin, Frau Jagan, einen Strafbefehl über 50 Mk., weil sie ohne Genehmigung des Wohnungskommissars die Wohnung hatte beziehen lassen. Sie erhob Einspruch und fand jetzt vor dem Schöffengericht. Dieses sprach die Angeklagte frei.

Die Wohnungsluchenden mögen sich merken, daß für sie Kellerlöcher und — Wajkischen, in denen die Füße erfrieren, gerade gut genug sind. Das Wichtigste aber ist, den Amtschimmel ja nicht aus seinem gewohnten Trost zu bringen. Auch diese Komödie wird einmal ihr Ende finden.

Gründung einer freigewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaft kommunaler Arbeitnehmer (Fala).

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten schreibt:

Die nachstehenden Verbände schlossen sich zwecks nachdrücklicher Wahrnehmung der Interessen ihrer in Gemeinden und Gemeindeverbänden beschäftigten Arbeiter, Angestellten

und Beamten zu einer freigewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaft kommunaler Arbeitnehmer zusammen.

1. Verband der Gemeinde- und Stabsarbeiter.
2. Zentralverband der Angestellten.
3. Bund der technischen Angestellten und Beamten.
4. Deutscher Werkmeister-Verband (Bezirk 10).
5. Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner.

Zweck der Arbeitsgemeinschaft ist:

1. Die gemeinsame Vertretung aller sozialen und wirtschaftlichen Fragen der kommunalen Arbeiter, Angestellten und Beamten.
2. Die Ausbreitung des freigewerkschaftlichen Gedankens unter den kommunalen Arbeitern, Angestellten und Beamten, sowie Verhandlung über die Abgrenzung der Arbeitsgebiete.

Die Gründe, welche auch in Breslau zu einem freigewerkschaftlichen Zusammenschluß aller in Gemeinden und Gemeindeverbänden beschäftigten Arbeiter, technischen Angestellten und Beamten geführt haben, erläuterte in einem wirkungsvollen Vortrag am 20. Dezember 1920 im Bingenhauser Herr Baumeister Rahmt-Weiß den Mitgliedern des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, Ortsverwaltung 3 Breslau. Der genannten Organisation gehörte fast die gesamte städtische Technikerschaft an.

Der Redner wies, gestützt auf zahlreiches und einwandfreies statistisches Material, nach, wie irreführend die überall im Umlauf befindliche, nur allzu leicht geglaubte Behauptung gewisser Kreise ist, die gesteigerten Löhne und Gehälter erschwerten in der Hauptsache die Gesundung unseres Wirtschaftslebens.

Während in den Jahren vor dem Weltkriege die Materialbeschaffungskosten z. B. bei der Reichseisenbahn nur 27 % aller Gesamtausgaben betrugen, sind sie im Jahre 1920 auf 57 % gestiegen, während im Gegensatz dazu die Ausgaben für Löhne und Gehälter von 25 % der Gesamtausgaben auf 15 % gefallen sind, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß das gesamte Eisenbahnpersonal früher 740 000 Personen umfaßte, jetzt aber aus 1 100 000 Personen besteht. So lange die Unwirtschaftlichkeit der meisten Staats- und Gemeindebetriebe zum weitaus größeren Teil auf die ungeheure Verteuerung der Rohstoffe zurückzuführen ist, bedeutet jeder Ruf nach Abbau der Löhne und Gehälter eine Verleumdung der Ursachen, an denen unser Wirtschaftsleben krankt.

Gemessen an der Entwertung des Geldes verhält sich die heutige Steigerung der Arbeitslöhne gegenüber der Entlohnung in normalen Zeiten wie 1:1, die der Rohstoffe dagegen wie 1:9!!

Während es der Arbeiterschaft infolge des jahrelangen gewerkschaftlichen Zusammenschlusses gelungen ist, wertvolle Errungenschaften im Daseinskampfe auszubauen und zu festigen, haben die Beamten und Angestellten ähnliche Erfolge noch nicht aufzuweisen.

Von den großen Enttäuschungen, welche die neuen Besoldungsordnungen in Staat und Gemeinden der Beamtenchaft gebracht haben, werden die Techniker, insbesondere die kommunalen Techniker am schärfsten betroffen.

Die technischen Gemeindebetriebe brauchen zu ihrer so notwendigen Gesundung und Entwicklung eine schaffensfreudige, wirtschaftlich nicht verleidete Technikerschaft.

Dieser muß die Stellung eingeräumt werden, die ihm gebührt; erst dann wird sie recht befähigt sein, energisch mitzuarbeiten am wirtschaftlichen Wiederaufbau unseres Vaterlandes.

Achtung! Vorstand und Aufsichtsrat des Sozialistischen Verlages, E. G. m. b. H.

Montag, den 10. Januar 1921, abends 7 Uhr, in den Geschäftsräumen des Verlages wichtige Sitzung. Erscheinen aller Vertrauens- und Aufsichtsratsmitglieder unbedingt erforderlich.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats.
A. m. o. n.

Achtung! Organisierte Schuhmacher!

Alle auf dem Boden der dritten Internationale stehenden Mitglieder des Zentralverbandes der Schuhmacher haben Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, zu einer wichtigen Besprechung im Parteisaal zu erscheinen.

Lebensmittelverteilung.

a) vom 13. bis 18. Januar 1921:

1. Schmalz auf Lebensmittelmarke R 6.
2. Teigwaren auf Lebensmittelmarke R 7 und Nahrungsmittelmarke 226 blau.
3. Getreide auf Nahrungsmittelmarke 226 weiß und rot und Zusatznahrungsmittelmarke 33 für Mütter.

b) vom 19. bis 22. Januar:

4. Amerikanisches Weizenmehl auf Lebensmittelmarke R 8. Die Lebensmittelmarke R 5 ist bis 16. Januar bei den Butterhändlern voranzumelden. Wer die Lebensmittelmarke R 5 nicht vorangemeldet hat, erhält keine Ware.

Literatur.

Achtung! Gewerkschaftsmitglieder — Betriebsräte.

Am 8. Januar erscheint die Nummer 1 der „Kommunistischen Gewerkschafter“, Wochenzeitung für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften und Betriebsräten. Redaktion: Fritz Pedert, Berlin N., Rosenburgerstr. 38. Zu beziehen durch: Frankes Verlag E. G. m. b. H., Berlin SW., Blücherplatz 2, 3 Treppen, oder durch die Post. Monatlich Mk. 1.50, vierteljährlich Mk. 4.— Preis der Einzelnummer 40 Pf. Bestellungen nehmen alle Funktionäre der K. P. D. entgegen.

1. „Der kommunistische Gewerkschafter“ ist der Nachfolger des „Arbeiter-Rat“ und der „Kommunistischen Rätekorrespondenz“, er setzt ihr Werk auf breiter Grundlage fort.
2. „Der kommunistische Gewerkschafter“ wird über alle wirtschaftlichen Fragen und Kämpfe der arbeitenden Klassen in Deutschland und den anderen Ländern berichten.
3. „Der kommunistische Gewerkschafter“ ist der Führer und Berater der Arbeiter und Angestellten in ihrem wirtschaftlichen Befreiungskampf.
4. „Der kommunistische Gewerkschafter“ kämpft gegen den Geist der Arbeitsgemeinschaft, gegen die Unsterblichkeit der Internationalen der Sozialverräter. Er wirkt für die internationale Vereinigung der revolutionären Arbeiter im Moskauer Gewerkschaftsrat. Er ist gegen die Internationale der Phrasen und für die Internationale der Tat, gegen den Opportunismus und für den Kampf um den Kommunismus.
5. „Der kommunistische Gewerkschafter“ muß von jedem revolutionären Gewerkschaftsmitglied, von jedem Betriebsrat gelesen werden.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Fritz Ulbrich; für Inserate: Liebschawager & Meyer.
Druck: Buchdruckerei Pöhl & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadttheater.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Revolutionsspektakel.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Fandelslöte.
Montag 7 Uhr:
Konzert-Vorstellung:
Janus-Sänger.

Oper-Theater.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Der Struwwelpeter.
Abend 7 1/2 Uhr:
Die Freandin.

Chalio-Theater.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Helikoptern.
Abends 7 1/2 Uhr:
Madame Bonnard.

Schauspielhaus.
Operettenabende. 11. u. 12. 25-25
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der letzte Walzer.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Wiederholungen: Heile Körte
Die Förster-Gefährte.

Liebig-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Gisela Werbezirk
sowie
4 Perez
die Sensation
des großen
Januar-Programms.

Kranke
Krankheiten, Haut- und Geschlechtskrankheiten behandelt mit Erfolg. Viele freiwillige Anerkennungen von ausgeheilten Patienten.
Klinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten, Finkenstr. 22, II. Etage. Tel. 1111. 9-12, 2-7, Sonntags 9-12.
Klinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten, Finkenstr. 22, II. Etage. Tel. 1111. 9-12, 2-7, Sonntags 9-12.

Central-Ball-Saal

(Deutscher Kronprinz) A. Hahn
Westendstrasse 50/52, Strassenbahnlinie 1 u. 21.

Jeden Sonntag und Mittwoch
Großer Tanz.

!! Zigaretten !!

aus rein orientalischem Tabak in allen
Preislagen zu haben,

m. M., o. M., m. G. und m. Kork.

Besonders empfehle ich:

meine Spezialmarke, **Silesia, Sport, Egypt und Club-Cigarette.**

Cigarettenfabrik

„Haliartus“

Inh. Otto Polatschek

BRESLAU 6

Anderssenstrasse 5 IV.

Studentennot.

Helft den kassierenden Studierenden der Breslauer Universität und der technischen Hochschule! Die Not ist groß, Hilfe ist geboten.

Geben schenken Sie bei den Breslauer Banken ein- oder zweifache Gutscheine entgegen. Esch und Polatschek, Breslau, Finkenstr. 22, 457 31 (Einkaufsamt Breslau) können Gutscheine entgegennehmen.

Inventur-Ausverkauf!

Beginn: Montag, den 10. Januar 1921

Verkauf in sämtlichen Abteilungen
meiner Verkaufshäuser zu ganz
bedeutend herabgesetzten Preisen.

E. Breslauer, Albrechtstraße 56/59
Kling, Ecke Schmiedebühl 1

Damen- und Mädchen-Mäntel-Fabrik.

Wichtig für Schneider u. Schneiderinnen!
Wichtig für Händler, Hausierer u. Wiederverkäufer!
Maschinengarn, garantiert 200 Meter,
kein Papier, Rolle nur 2.00 Mk.!!
Versand nach Auswärts per Nachnahme,
Erich Fränkel, Breslau 5, an gas u. an detail
Grüßbachstr. 71 Eingang Reichstr. 2
(offener Laden) Haltestelle der Linie 10 (Grüb.-Str.)

Achtung! Wo?

Wohin man neue und gute
Möbel sowie ganze Ein-
richtungen am billigsten
und vorzüglichsten?
Bei **H. Kluge,**
Krausstr. 12, an der Ege.

Militär- und

Zivil-Garderobe
nach gesch. Zeichn., gesch.
näht, maßgef. u. gesch.
Befehle 21, im Refer.

! Jede Frau !

Wird durch die Wirkung des
sogenannten 8 mal patentiert.

Idealen
Frauenstuhls H
30 Pf. 24 Stühle belegen
Befehlshaber

Frau C. Helling

Breslau 10, Kottbusstr. 12

Wundervolle
Eigenschaften
Büste

Wird erzeugt
durch eine allbewährte
Büstenpräparate

zu Mk. 7.— und Mk. 9.—

beid. zusammen Mk. 16.—

Ferner empfehle bei
Perioden-
störung

u. Unregelmäßigkeiten
meiner allbew. Präpar. Viele
freiwill. Dankschreiben. Preis
Mk. 12.— und Mk. 19.—

Katalog 60 Pf. in Marken.
Fr. Barthel Breslau 11

An unsere Leser!

Die Firma W. Hamburger, Herren-
bekleidungs- und Schneiderei-
fabrik gab vor den Feiertagen an uns
Beitrag einen größeren Inseraten-
trag. Derselbe wurde 1/2 Stunde spät
zurückgezogen, mit dem bestimmten Be-
sprechen, uns dafür die Inventur-In-
serte Anfang Januar zu überwe-
sen. Dieses Versprechen gab uns Fr.
Hamburger selbst. Trotz unseres
maligen Entgegenkommens lehnt
die Firma ab, ihr Versprechen ein-
lösen. Dies unseren Lesern zu
Kenntnis.

Es heißt appellieren wir noch
an unsere Leser, nur die Geschäfte
besuchen, die auch in unserer Zeit
insistieren.